



privaten Geldbesitz abhängt, grundsätzlich ändern. All diejenigen, die von den heutigen Zuständen profitieren, werden sich erbittert wehren. Die Umsetzung unserer Ziele erfordert daher eine politische Bewegung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Mobilisierung der Millionen die Macht der Millionäre eindämmen wird.

**Am 22. Mai 2005 deshalb ein politisches Signal für den steuerpolitischen Wechsel setzen.**

**Am 22. Mai die Umverteilung von unten nach oben abwählen.**

**Am 22. Mai die WASG wählen.**

**Spenden für den Wahlkampf:  
WASG-NRW  
Stadtparkasse Düsseldorf  
Konto Nr.: 10033033  
BLZ: 300 501 10**

Steuern kann man steuern – ist ein alter Spruch aus Unternehmerkreisen. Die WASG ist deshalb für eine konsequente Schließung von Steuerschlupflöchern. Wir sind für den Ausbau der Betriebsprüfungen und für die Einstellung entsprechender zusätzlicher Betriebsprüfer. Wir setzen uns für europaweite und internationale Regelungen ein, die sich an diesem Steuermodell orientieren. Wir sind für eine Neuverteilung der Steuereinnahmen mit dem Ziel, vor allem den Kommunen deutlich mehr Finanzmittel zukommen zu lassen. Wir wissen, diese Ziele sind weit reichend. Sie werden das Bild dieser Republik, wo alles vom Markt und vom

v.i.S.d.P.: Hüseyin Aydin und Brigitte Halbgebauer,  
WASG-NRW Landesvorstandssprecher/in



**DER STAAT IST  
NICHT ARM, ER  
WURDE ARM  
GEMACHT!**

**„Eine andere Politik ist  
finanzierbar - man muss  
es nur wollen!“**

[www.wasg-nrw.de](http://www.wasg-nrw.de)



Die Umverteilung von unten nach oben stoppen!

Reichtum besteuern!

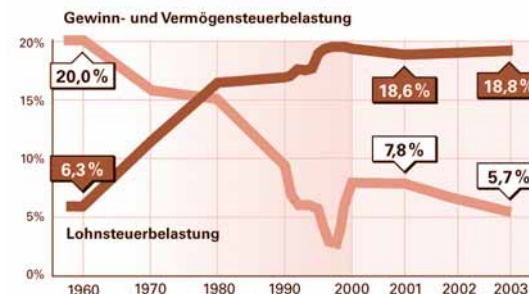
Öffentliche Dienstleistungen ausbauen nicht privatisieren!

Alle reden von der Finanzkrise des Staates. Wir auch. Tatsache ist aber, dass diese Krise nicht durch zu hohe Ausgaben, sondern durch unverantwortliche und ungerechte Steuersenkungen hervorgerufen wird.

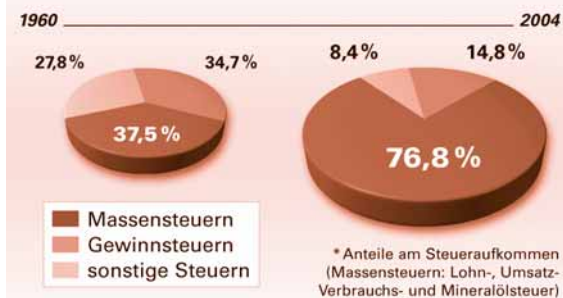
Die Steuerpolitik von CDU, FDP und auch von Grünen und SPD verfolgt ein einfaches und grundsätzlich sehr ungerechtes Prinzip: die direkte Besteuerung wird immer mehr zurückgeführt und indirekte Steuern werden ausgebaut. Gleichzeitig werden große Teile der öffentlichen Dienstleistungen privatisiert oder durch hohe Gebühren und Selbstbeteiligungen, die faktisch weitere indirekte Steuern sind, einseitig den Verbrauchern aufgebürdet. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass diejenigen, die viel Vermögen haben, massiv entlastet werden und auf der anderen Seite die kleinen und mittleren Einkommen immer weitere Belastungen verkraften müssen. Indirekte und Verbrauchssteuern sind immer im hohen Maße ungerecht, sofern es keine reinen Luxussteuern auf die Konsumgüter der Superreichen sind. Gleichzeitig verkümmern die öffentlichen Dienstleistungen und werden durch private Angebote ersetzt, die letztlich Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Müllbeseitigung, öffentlichen Verkehr und vieles mehr vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig machen.

## Wer bezahlt den Staat?

### Lohnsteuer rauf, Gewinnsteuer runter

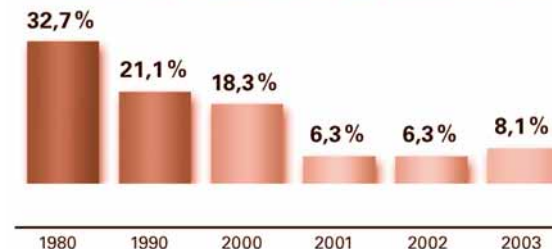


### Gewinnsteuern mehr als halbiert\*



### Unternehmen fein raus

Durchschnittliche Steuerbelastung der AGs und GmbHs



Quelle: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WSI; Jarras/Obermair 2004

Die WASG will eine vollständig andere Politik. Der Staat muss wieder ausreichend Finanzmittel bekommen, um die sozialen und öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Es muss ein neues System der direkten Besteuerung im Verhältnis zur Einkommenshöhe eingeführt werden. Wir orientieren uns dabei an dem von den Gewerkschaften Verdi und IG-Metall zusammen mit attac und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik erarbeiteten Konzept der „Solidarischen Einfachsteuer“. Wir wollen den Spitzensteuersatz wieder erhöhen, mindestens auf die Höhe aus der Zeit der Kohl-Regierung und die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden. Die Senkung der Körperschaftssteuer wird rückgängig gemacht und die Erbschaftssteuer wird reformiert. Gerechte Freibeträge sorgen dafür, dass selbst genutztes Wohneigentum und Alterssicherungen nicht einbezogen werden. Wir sind für eine Börsenumsatzsteuer (Tobinsteuer) und eine gleiche Besteuerung von Kapitalerträgen und Spekulationsgewinnen wie bei anderen Einkommen. Die indirekten und Verbrauchssteuern, die Gebühren und Selbstbeteiligungen müssen zurückgeführt werden. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen muss gestoppt und bereits privatisierte Unternehmen in öffentliche Verwaltung zurückgeholt werden.